

Am 18.04. beriet der Landesvorstand im Lothar-Bisky-Haus in Potsdam.

Der **Ostermarsch** des Landesverbandes am 29.3. in Ludwigsfelde wurde in der Debatte differenziert bewertet. Die Zahl der Teilnehmenden war auch in diesem Jahr sehr niedrig. Die Verknüpfung mit konkreten Anliegen und die Zusammenarbeit mit entsprechenden Partner*innen vor Ort (in diesem Fall der AK Zwangsarbeit) wurde positiv eingeschätzt. Jedoch bleibt festzustellen, dass die Mobilisierung innerhalb der Partei dauerhaft deutlich hinter der Bedeutung zurückbleibt, die dem Thema Frieden in den innerparteilichen Debatten zugeordnet wird. Die Vorbereitung des nächsten Ostermarsches soll daher möglichst bereits Ende dieses Jahres – nach dem Landesparteitag in Angriff genommen werden.

Mit der **außerparlamentarischen Großen Anfrage** an die neue Landesregierung konnten wir in der Woche vor Ostern deutliche mediale Aufmerksamkeit erzielen. In 77 Fragen haben wir uns mit für Brandenburg zentralen Fragen in den Kernbereichen, Wohnen, Soziales, Bildung & Kita auseinandergesetzt und die Landesregierung aufgefordert, den wenig konkreten Koalitionsvertrag mit klaren Maßnahmen zu untersetzen. Die Ablehnung der Beantwortung durch die Landesregierung war erwartbar. Wir haben uns daher nun an die Vorsitzenden der die Koalition tragenden Parteien und Fraktionen gewandt. Erklärtes Ziel der Koalition ist die Wiederherstellung des Vertrauens in die Politik. Insofern täte sie gut daran, den Brandenburger*innen diese Fragen zu beantworten. Sollte die Koalition diesen Dialog verweigern, werden wir im nächsten Schritt den Austausch mit Verbänden, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Strukturen suchen. Das am Freitag vom Paritätischen veröffentlichte interne Sparpapier der Bundesregierung für die Bereiche Jugendhilfe, Eingliederungshilfe, Unterhaltsvorschuss werden wir aufgreifen. Die darin enthaltenen Vorschläge sind weitreichend und beispiellos. Eine Abwägung der sozialen Folgen der Maßnahmen fehlt gänzlich.

Der Landesvorstand beschloss einstimmig einen **Antrag an den Bundesparteitag**, mit dem die **kostenlose Mittagsversorgung an Kitas und Schulen** auch bundesweit thematisiert werden soll. Dies soll der laufenden Volksinitiative Unterstützung geben und darüber hinaus weisende Ziele formulieren.

Die Diskussion zu **Anforderungen an den neuen Landesvorstand**, der im November gewählt werden soll, wurde in zweiter Lesung fortgesetzt. Das überarbeitete Diskussionspapier soll den Kreisen noch einmal zur Verfügung gestellt und mit den Kreisvorsitzenden und dem Landesausschuss beraten werden. Eine Beschlussfassung ist im Juni vorgesehen, so dass die gemeinsam vereinbarten Grundsätze dann zur Grundlage der Kandidaturen werden können.

Der Landesvorstand bekannte sich außerdem einstimmig zur Fortführung der Kooperation im Rahmen des **Netzwerks der Europäischen Linken der Regionen**. Die Zusammenarbeit mit linken Parteien in Europa besteht bereits seit mehr als 20 Jahren. Der Landesvorstand wird künftig von Stephan Wende im Koordinierungsrat vertreten.

In Umsetzung der Aufträge des Landesparteitages verabschiedete der Landesvorstand außerdem die **Richtlinie für Ehrungen**. Sie wurde in Abstimmung mit der Lag

Senior*innenpolitik erarbeitet und regelt künftig die Ehrung langjähriger Mitglieder und besonderer Verdienste in den Kreisverbänden.

Die **strategische Debatte** in Auswertung vergangener Wahlen und insbesondere im Hinblick auf notwendige Veränderungen für die Zukunft führen wir gemeinsam mit den Vorständen der anderen ostdeutschen Landesverbände im Rahmen der **Konferenz „Linker Aufbruch Ost 2.0“ am 25.4.**, die auf Initiative des Landesvorstandes stattfindet. Sie soll der Auftakt eines gemeinsamen Strategieprozesses sein, mit dem wir auch einen inhaltlichen Beitrag zur Programmdebatte auf Bundesebene leisten wollen.

Das Treffen der kommunalen Mandatsträger*innen wird am 30. Mai in Elstal stattfinden, gekoppelt an eine Mitgliederversammlung des Kommunalpolitischen Forums. Neben dem weiteren Ausbau der Vernetzung stehen vor allem die Themen Kommunalfinanzen und Wohnen im Mittelpunkt. Einladungen werden in der kommenden Woche versandt. Ab dann ist auch die Anmeldung möglich.